

DIE SPITZE

Köche und ihr Brei

Roland Koch ist als abgewählter Landeschef von Hessen im Moment nicht mehr so gefragt wie früher. Aber die »Wirtschaftswoche« war jetzt so nett zu ihm, ihn zur Lage der Wirtschaft zu befragen, und bekam zur Antwort: »Wir arbeiten im internationalen Vergleich zu wenig. Alles unter 40 Wochenstunden war ein Fehler.« Und »die Rente mit 67 Jahren ist unerlässlich.« Solche Sätze gewinnen durch Wiederholen nicht an Strahlkraft, sondern werden irgendwann schnarchig. Aber wahrscheinlich war die Optik des abgewählten Chefkochs von Hessen einfach nur durch die eigene aktuelle Situation getrübt. Apropos Politiker und ihr Beispiel. Wird Berlins Finanzsenator Thilo Sarrazin jetzt, wo die Metall-Tarifrunde bevorsteht, demonstrativ seinen Senatorensessel verlassen und seine Aussage »Für fünf Euro würde ich jederzeit arbeiten gehen« in die Tat umsetzen? Und sich im Winter warm anziehen? Getreu seinem Ausspruch: »Wenn die Energiekosten so hoch sind wie die Mieten, werden sich die Menschen überlegen, ob sie mit einem dicken Pullover nicht auch bei 15 oder 16 Grad Zimmertemperatur vernünftig leben können.« Vielleicht finden wir ja für beide Herren in der Wirtschaft 40 Stunden-Jobs für fünf Euro die Stunde, die sie machen können, bis sie 67 sind. Nur Pullover stricken – gegen die Kälte – würden sie wahrscheinlich noch schöner finden.

TARIFRUNDE

»Gerechtigkeitslücke«

»Dieses Mal muss die Forderung höher sein als im letzten Jahr«, hat Helga Schwitzer angekündigt, die im IG Metall-Vorstand für Tarifpolitik zuständig ist. »Unsere Mitglieder erwarten bei der anstehenden Tarifrunde für die Metall- und Elektroindustrie einen höheren Abschluss.«

Am 8. September diskutiert der IG Metall-Vorstand, welche Forderung er den regionalen Tarifkommissionen empfehlen will. Danach beraten und beschließen die Mitglieder der Tarifkommissionen das Forderungspaket.

Diese Tarifrunde hat einige Besonderheiten:

- Die kräftig gestiegenen Verbraucherpreise, vor allem für Benzin, Haushaltsenergie und Lebensmittel, reißen tiefe Löcher in die Geldbeutel der Arbeitnehmer. Dafür erwarten sie einen Ausgleich.
- Der Abstand zwischen Löhnen und Gewinnen wurde in den letzten Jahren immer größer. So sind

zum Beispiel die Nettogewinne der 40 wichtigsten börsennotierten Metallunternehmen zwischen 2004 und 2007 um gigantische 220 Prozent gestiegen, für die Beschäftigten gab es nur ein Plus von zehn Prozent. »Es gibt eine große Gerechtigkeitslücke«, sagt Helga Schwitzer.

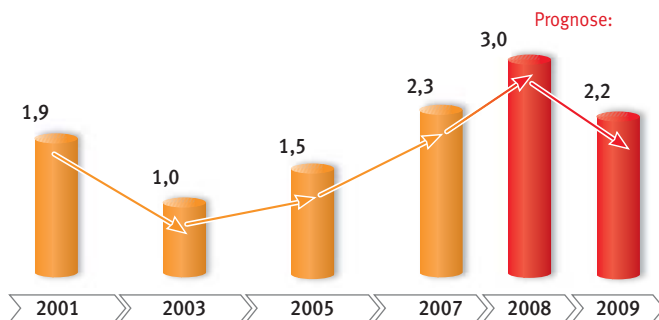
► Die Finanzmarktkrise, die Rohstoffpreise und der starke Euro bergen Risiken, vor allem für die Exportwirtschaft. Der private Konsum, sagen viele Experten, muss die Nachfrage beleben und damit die Konjunktur stützen. Auch das spricht für deutlich höhere Einkommen.

Altersteilzeit: Wie weiter?

Nach den abgebrochenen Verhandlungen Ende Juni gab es bei Redaktionsschluss immer noch keine neuen Termine. Wenn die Arbeitgeber in nächster Zeit nicht einlenken, wird der IG Metall-Vorstand Anfang September sein weiteres Vorgehen beraten.

Verbraucherpreise steigen kräftig

Zu- oder Abnahme gegenüber dem jeweiligen Vorjahr, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt und Prognose Bundesbank, Juni 2008

Vor allem Kosten für Energie und Lebensmittel trieben die Verbraucherpreise in den letzten Monaten steil nach oben. In diesem Jahr wird mit einem Anstieg um drei Prozent gerechnet. Ausgaben, die ein tiefes Loch in die Geldbeutel der Arbeitnehmer reißen.

Inhalt

TARIFRUNDE:

Die Stimmung in den Betrieben

SEITE 2

GEWERKSCHAFTEN:

Mit zweierlei Maß gemessen

SEITE 3

SPROCKHÖVEL:

Neubau wird kleiner und flexibler

SEITE 4

BERUFSUNFÄHIGKEIT:

Gesetzliche Rente reicht meist nicht

SEITE 5

STICHWORT:

Inflation

SEITE 6

ARBEIT UND RECHT:

Anhörung auch bei Interessenausgleich

SEITE 7

INFOS UND TIPPS

SEITE 8

In den Betrieben sind die Diskussionen um die Forderungen der IG Metall für die anstehende Tarifrunde in vollem Gang. **direkt** fragt:

Mit welchen Erwartungen gehen die Beschäftigten in die Tarifrunde?

»Eine kräftige Anhebung des Entgelts ist dringend erforderlich. Die Inflation nimmt zu, und insbesondere die steigenden Energiepreise gehen den Leuten ans Geld. Von Drohungen der Arbeitgeber, bei höheren Löhnen ins Ausland zu gehen, sollten wir uns nicht bange machen lassen. Außerdem stärken höhere Löhne die Binnennachfrage. Die Betriebe in Deutschland stehen doch gut da, besser als irgendwo in Europa. Ohne eine kräftige Lohnerhöhung geht es in Deutschland bergab.«

Klaus Lorenz, Betriebsratsvorsitzender bei Bosch in Bühl

»Unsere Kolleginnen und Kollegen wollen mehr Geld und an den Gewinnen beteiligt werden. Wegen unserer Era-Regelung werden ohnehin wieder zwei Prozent abgezogen. Mehr als im letzten Jahr muss es schon sein. Das erwarten auch unsere Kolleginnen und Kollegen. Angesichts der hervorragenden Auftragslage in beiden Betrieben ist das sicher gut zu verkraften.«

Norbert Lewalter, Betriebsratsvorsitzender bei Buderus Spezialguss und Buderus Guss, Wetzlar

»Unsere Kolleginnen und Kollegen erwarten von der Tarifrunde einiges – auch wenn die Arbeitgeber jetzt schon wieder versuchen, über die Medien auf die Bremse zu treten. Sicherlich gibt es vereinzelt Anzeichen für einen Konjunkturrückgang, aber in der Metall- und Elektroindustrie werden weiterhin hohe Gewinne erzielt. Jahrelang wurden Sonderschichten gefahren und Supergewinne erzielt. Davon wollen unsere Leute auch etwas sehen. Wenn in anderen Branchen mit 7,5 Prozent und mehr abgeschlossen wird, warum sollten wir uns dann zurückhalten?«

Klaus Brandes, Betriebsratsmitglied und stellvertretender VK-Leiter bei Wabco, Hannover

»Alles wird teurer, da erwarten unsere Kolleginnen und Kollegen eine ordentliche Lohnsteigerung. Viele Beschäftigte kommen aus dem Umland, da gehen schon die steigenden Benzinpreise ganz schön ins Geld. Deshalb lassen wir uns nicht mit einer Minierhöhung abspeisen. Da haben unsere Leute auch mehr verdient.«

Burkhard Nentwich, Betriebsratsmitglied bei der Aker Werkt in Wismar

»Bei jedem Besuch an der Tankstelle oder im Supermarkt denken unsere Kolleginnen und Kollegen an die Tarifrunde. Wir erwarten einen ordentlichen Schluck aus der Pulle. Die Firma hat mit unserer Arbeit hohe Gewinne erzielt, daran wollen auch wir jetzt beteiligt werden.«

Harald Mebus, VKL-Leiter und Betriebsrat bei Federal Mogul in Burscheid.

Keine Rezession in Sicht

Die Experten sind sich uneinig, wie sich die Konjunktur insgesamt entwickelt. Die Metallindustrie steht aber zurzeit nicht schlecht da.

»Die Stimmung kühlt sich zwar ab. Von einer Rezession zu reden ist jedoch fehl am Platze«, analysiert der Deutsche Industrie- und Handelskammertag. Genauso schätzt der Chef der Wirtschaftsweisen, Professor Bert Rürup, die Lage ein. Der Ölpreis sinkt inzwischen wieder und der Dollar wird stärker. Die Chefvolkswirte von Allianz und Dresdner Bank gehen davon aus, dass die Wirtschaft schon im vierten Quartal wieder Fahrt aufnimmt.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamts ist das Bruttoinlandsprodukt (das den Wert aller produzierten Güter und Dienstleistungen angibt) im zweiten Quartal gegenüber dem ersten um 0,5 Prozent gesunken. Eine der Hauptursachen dafür seien sinkende Konsum-

ausgaben. Sie sind im Vergleich zu 2007 um 0,4 Prozent geschrumpft, während sie in anderen Industrieländern – wie USA, Kanada, Großbritannien und Spanien – um 2,9 bis 4,7 Prozent anstiegen. Unter Experten wird der Ruf nach einer Stärkung der Inlandskonjunktur in Deutschland laut.

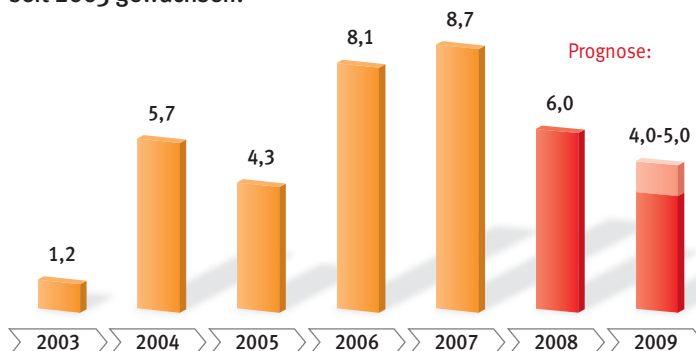
Lohnkosten gesunken

Die Metallindustrie produziert dieses Jahr nach Schätzung der IG Metall-Wirtschaftsexperten insgesamt sechs Prozent mehr als 2007. Die Lohnkosten pro Stück sind weiter gesunken: zwischen Januar und Mai um 1,1 Prozent. Die Gewinne steigen »auf breiter Front«.

Löhne und Gehälter spielen bei den Gesamtkosten eine immer geringere Rolle. 1991 lagen sie noch bei 25,2 Prozent, im Jahr 2000 bei 19,2 Prozent, 2007 bei nur noch 16 und im ersten Halbjahr 2008 nur noch bei 15,7 Prozent.

Metallindustrie weiter auf Wachstumskurs

Um soviel Prozent ist die Produktion in der Metallindustrie seit 2003 gewachsen:



Quelle: IG Metall, Ressort Wirtschaft, Stand Juli 2008

Die Konjunktur schwächelt, die Metallindustrie dagegen nicht. Die Wirtschaftsexperten der IG Metall gehen davon aus, dass die Branche auch im kommenden Jahr weiter wachsen wird.

IMPRESSUM

direkt - Der Infodienst der IG Metall
Herausgeber: Berthold Huber, Detlef Wetzlar, Bertin Eichler
IG Metall Vorstand, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main
Redaktionsleiterin: Susanne Rohmund (verantw. i. S. d. P.), Chefredakteurin: Susanne Rohmund
Redaktion: Fritz Arndt, Dirk Erb, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan; Gestaltung: Gudrun Wichelhaus; Bildredaktion: Michael Schinke
Vertrieb: Reinhold Weißmann, Tel.: 069/66 93-22 24, Fax: 069/6693-25 38, vertrieb@igmetall.de; Druck: apm AG, Darmstadt
Anzeigen: Patricia Schledz, Tel.: 06151/8127-0, Fax: 06151/8093 98, schledz@zweipius.de
direkt im Internet: www.igmetall.de/direkt
TELEFON DER REDAKTION: 069/6693-2633 · FAX: 069/6693-2000 · DIREKT@IGMETALL.DE
Bezugspreis ist mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Arbeitgeber messen mit zweierlei Maß

Angesichts streikender Lokführer, Flugbegleiter oder Piloten rufen Arbeitgeber neuerdings nach dem Staat. Er soll etwa das Streikrecht einschränken. Dabei können sie mit kleinen Organisationen gut leben, solange sie die Tarife der DGB-Gewerkschaften unterbieten.

Für das arbeitgebernahe Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) war Anfang August das Maß voll. Nachdem bei der Lufthansa kurz hintereinander Bodenpersonal und Piloten streikten, forderte das IW die Politik auf, »dem bedrohlichen Gewerkschaftswettbewerb Einhalt zu gebieten«. Auch Lufthansa-Chef Mayrhuber machten die Auseinandersetzungen offenbar zum Freund staatlicher Eingriffe. Dabei messen die Unternehmen jedoch mit zweierlei Maß. Probleme haben sie mit dem »Gewerkschaftswettbewerb« nur, wenn es sich um Berufsorganisationen handelt, die Lohnerhöhungen im zweistelligen Prozentbereich fordern.

Keine Bauchschmerzen bereiten ihnen dagegen Organisationen wie die sogenannten christlichen Gewerkschaften, die Standards der DGB-Gewerkschaften unterbieten. Interessant findet Heiner Dribbusch vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung,

dass diese Verbände bei den Arbeitgebern nicht einmal um einen Abschluss betteln müssen. »Oft suchen interessierte Unternehmen gezielt die Zusammenarbeit.« Mitglieder, so Dribbusch, brauchen diese Verbände gar nicht.

Dribbusch hat gemeinsam mit Reinhard Bispinck, ebenfalls WSI, die Konkurrenz in der Gewerkschaftslandschaft untersucht. Die Forscher unterscheiden dabei zwischen Über- und Unterbietern. Im Gegensatz zu den Unterbietern werde durch die Überbieter das Aufweichen von Tarifstandards eher erschwert. Mit ihren tarifpolitischen Alleingängen kündigten sie jedoch die Solidarität gegenüber der Gesamtbelegschaft.

Nur wenige Überbieter

Zwar beherrschen Überbieter wie Cockpit, die Gewerkschaft der Lokführer (GDL) oder Marburger Bund die Schlagzeilen. Doch ihre Zahl ist sehr klein. Die Forscher rechnen nicht damit, dass solche Berufsorganisationen wie Pilze aus dem Boden schießen. Denn in den Kreis der Überbieter aufzusteigen, ist gar nicht leicht. Das gelingt nur Verbänden mit hohem Organisationsgrad und einer sehr homogenen Berufsgruppe, die an zentralen Schaltstellen sitzt. »Da haben wir mit den Ärzten, Piloten, Flug-

Die ungeliebte Konkurrenz

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands:

Im Wesentlichen politisch aktiv:

- ✳ Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) – 94 000 Mitglieder
- ✳ DHV – Die Berufsgewerkschaft – 80 000 Mitglieder
- ✳ Gewerkschaft öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD) – 51 000 Mitglieder

Berufsverbände:

- ✳ Marburger Bund – 108 000 Mitglieder
- ✳ Deutscher Journalistenverband (DJV) – 40 000 Mitglieder
- ✳ Verband medizinischer Fachberufe (VMF) – 28 000 Mitglieder
- ✳ Unabhängige Flugbegleiter-Organisation (Ufo) – 8700 Mitglieder
- ✳ Vereinigung Cockpit – 8200 Mitglieder
- ✳ Gewerkschaft der Flugsicherung – 2700 Mitglieder

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Angaben der Gewerkschaften, www.oeckl-online.de

begleiten und der Flugsicherung fast alle, die zur Überbietung in der Lage sind«, sagt Dribbusch. Ihn wundert es nicht, dass Arbeitgeber wegen dieser Gruppen staatliche Eingriffe fordern. Bei so öffentlichkeitswirksamen Bereichen wie Krankenhäusern oder dem Zugverkehr finde man auch bei der Bevölkerung Zustimmung. »Vordergründig greifen die Arbeitgeber damit zwar keine DGB-Gewerkschaft an. Wenn sie das Streikrecht einschränken wollen, treffen sie sie aber auch.«

► Reinhard Bispinck, Heiner Dribbusch: »Tarifkonkurrenz der Gewerkschaften zwischen Über- und Unterbietung.« In: Sozialer Fortschritt, Heft 6, Juni 2008, Seite 153-163. www.boeckler.de

INGENIEURE

Netzwerk für Aktive

Das Engineering-Netz der IG Metall bietet Hintergrundinformationen, Materialien und praktische Hilfen für aktive Technikexperten in der IG Metall. Das Netzwerk richtet sich an alle, die der Meinung sind, dass die IG Metall unter Ingenieurinnen und Ingenieuren sowie technischen Experten und Expertinnen stärker vertreten sein sollte. Sie können auf der Internetseite des Netzwerks Kontakte knüpfen, Termine ankündigen, Fragen stellen und beantworten. Interessierte können sich an Vanessa Barth wenden:

Vanessa.Barth@igmetall.de

► www.engineering-igmetall.de

Extranet

Jugendliche im Betrieb gewinnen

Im September beginnen viele junge Menschen eine Ausbildung im Betrieb. Deshalb hat die IG Metall den September zum Jugendwerbemonat ernannt. Junge Menschen kann man am besten über den Betrieb für die IG Metall gewinnen. Hier werden die Erfolge der Gewerkschaft zuerst sichtbar. Die IG Metall hilft und unterstützt sie bei ihrer Ausbildung und Arbeit.

Dabei eignen sich besonders Tarifrunden und die Wahl der Jugend- und Auszubildendenvertretung, um junge Menschen für eine Mit-

gliedschaft zu gewinnen. Neben Begrüßungs- und Auslernrunden gibt es noch andere Möglichkeiten, junge Menschen anzusprechen. Im Extranet finden Jugendvertreter, Betriebsräte und Vertrauensleute Informationen und Aktionsbeispiele, mit denen sie junge Menschen während der Ausbildung begleiten können. Außerdem gibt es hier eine Reihe Materialien, wie Flyer, Broschüren oder Arbeitspläne, die sie bei der Werbung der Jugendlichen nutzen können.

Extranet: extranet.igmetall.de

Erstanmeldung: extranet.igmetall.de/erstanmeldung

► Das Extranet bietet einen täglichen Infodienst. Dieser Dienst der IG Metall weist auf Neuigkeiten hin, empfiehlt interessante Presseartikel und enthält außerdem einen Servicetipp sowie eine Grafik.

Neubau wird kleiner, aber flexibler

► **Mehr zur Bildungsstätte Sprockhövel, ihrem Bildungsangebot, freien Seminarplätzen, Freizeitangeboten und dem Selbstverständnis der Schule gibt es im [extranet](http://www.extranet.igmetall.de).
www.extranet.igmetall.de
→ IG Metall
→ Adressen
→ Bildungsstätten**

Die Bildungsstätte Sprockhövel bekommt einen Neubau. Für ihren Schulleiter Fritz Janitz soll es nicht nur ein Neuanfang in Stein und Zement werden.

Die Entscheidung fiel vor gut einem Jahr. Der Neubau soll im kommenden Frühjahr starten. Bis zum Umzug im Herbst 2010 laufen die Seminare im alten Gebäude weiter.

Für den Neubau sprach der hohe Energieverbrauch und der Sanierungsbedarf des Altbaus. »Sprockhövel wurde in einer Zeit gebaut, in der Energie noch nichts kostete«, sagt Janitz. Die neue Bildungsstätte wird 85 Prozent weniger Energie verbrauchen. Geplant ist ein Niedrigenergiehaus, das mit Erdwärme versorgt wird. Zwar hätte sich der Energieverbrauch auch im alten Haus herunterschrauben lassen, erklärt Franz Julius Partes, Geschäftsführer der IG Metall-eigenen Immobiliengesellschaft IGMET. »Aber das hätte deutlich mehr gekostet.«

Die Hälfte der Energie wird allein durch die kleinere Gebäudelfläche gespart. »Die alte Bildungsstätte war eher nach innen gerichtet«, sagt Partes. Dahinter steckte die Idee, dass sich ihre Besucher

eher nach außen abschotten. Deshalb bietet sie viel Fläche wie sehr breite Flure. Der Neubau soll sich dagegen nach außen öffnen, mit Blick auf die Landschaft.

Zwar wird das neue Haus kleiner, dafür aber flexibler. Denn Weiterbildung hat sich in den letzten Jahren verändert. »Wir brauchen mehr maßgeschneiderte Seminare«, sagt Janitz. »Wenn ein Arbeitgeber Tariffucht begeht, brauchen unsere Kollegen sofort eine Beratung. Das Standardseminar im nächsten Quartal hilft ihnen da nicht.« Ihnen will das neue Haus maßgeschneiderte Angebote machen. Im Neubau können Räume mit Trennwänden vergrößert oder verkleinert werden. So lassen sich kurzfristige Seminare leichter dazwischen schieben.

Wissen stärker verknüpfen

Auch bei den Inhalten will sich die Bildungsstätte verändern. Zwar wird sie weiter alle Themen anbieten, allerdings sollen sie stärker miteinander verknüpft werden. »Ein Beispiel: Wenn es im Betrieb Probleme um den Tarifvertrag gibt, müssen wir da sowohl tarif- als auch betriebspolitisch rangehen.«

MINDESTLOHN

Schwarz-roter Kompromiss reicht nicht

► **Weitere Infos gibt es beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB):
www.dgb.de**

Nach langen Querelen hat die Bundesregierung Entwürfe für Mindestlohngesetze verabschiedet. Sie öffnen Dumpinglöhnen Tür und Tor. Die Entwürfe sind weit davon entfernt, Arbeitnehmern Existenz sichernde Löhne zu garantieren. Im Gegenteil: Minilöhne sogenannter Christlicher oder anderer Pseudogewerkschaften würden nach dem »Mindestarbeitsbedingungengesetz« praktisch Bestandsschutz erhalten.

Druck auf die Löhne

»Ein nicht ausreichender Kompromiss mit großen Pferdefüßen« hat Claus Matecki vom DGB-Bundesvorstand den Entwurf kritisiert. Auch das neugefasste Entsendegesetz würde den Druck auf die Löhne weiter verschärfen. Denn

sobald für zwei oder mehr Tarifverträge die Allgemeinverbindlichkeit beantragt wird, soll der Ordnungsgeber die widerstreitenden Interessen »zu einem schonenden« Ausgleich bringen. Matecki: »In der Praxis dürfte das allerdings darauf hinauslaufen, dass eine Entscheidung zu Gunsten geringerer Entgelte getroffen wird, die Minigewerkschaften und ihre vertragsschließenden Arbeitgeber beantragen haben.«

Der DGB hat die SPD-Bundestagsfraktion sowie die Sozialausschüsse in der Union (CDA) aufgefordert, die Gesetzesentwürfe im Bundestag nachzubessern und »akzeptabel zu gestalten«. DGB und IG Metall drängen auf einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro pro Stunde.

► Im Gespräch

BERTIN EICHLER

Hauptkassierer der IG Metall

? direkt: Die IG Metall investiert in einen Neubau. Warum ist für sie Bildung wichtig?

► **Bertin Eichler:** Die Bildungsfrage, besonders der Zugang zu Bildung, ist eine der zentralen Fragen von Gerechtigkeit und Zukunftschancen für unsere Mitglieder und die Gesellschaft insgesamt. Deshalb fühlen wir uns besonders verpflichtet, unseren Mitgliedern Bildungsangebote zu machen. Bei immer komplexeren Anforderungen an unsere Interessenvertretungen kommt dem Bildungsangebot eine wichtige Bedeutung zu.

? direkt: Was will die IG Metall mit ihrem Bildungsangebot erreichen?

► **Eichler:** Mit unserer Bildungsarbeit wollen wir die Identifikation und Stärkung der Gewerkschaftsbewegung fördern. Wir wollen kompetente und mutige Interessenvertreter ausbilden, die den Anforderungen der Zukunft gewachsen sind. Es geht im Kern darum, unsere tarif- und betriebspolitischen Kompetenzen zu stärken. Denn darum werden die entscheidenden Konflikte ausgetragen, die auch von den Mitgliedern besonders wahrgenommen werden.

? direkt: Wie sieht es mit der Auslastung der Bildungsstätten aus?

► **Eichler:** Die Auslastung ist verbesserungswürdig. Als Finanzier betrachte ich unsere Bildungsausgaben als Investition in unsere Mitglieder. Wir haben das aktuelle Budget für 2009 entsprechend der positiven Einschätzung der Beitragseinnahmen nach oben angepasst. Entscheidend ist aber, dass auch mehr Betriebsräte, Vertrauensleute, Jugend- und Auszubildendenvertreter an den Seminaren teilnehmen.

? direkt: Was für Angebote will die IG Metall noch machen?

► **Eichler:** Was den Standard der Häuser angeht, aber vor allem bezüglich der Qualität der Seminare, können wir selbstbewusst auftreten. Wir wollen mehr Bildung nach Maß anbieten und die Kultur- und Freizeitaktivitäten verbessern.

Ohne Zusatzschutz droht der finanzielle Abstieg

Seit der Gesetzgeber vor einigen Jahren den Berufsschutz abgeschafft hat, droht vielen Menschen bei Berufsunfähigkeit der finanzielle Absturz. Mit einer privaten Versicherung lässt sich das Risiko abmildern.

Etwa ein Fünftel aller Beschäftigten kann bereits vor Beginn des Rentenalters seinen Beruf nicht mehr ausüben. Für viele bedeutet das oft den finanziellen Abstieg. Denn die gesetzliche Rente springt bei den meisten Menschen nicht mehr ein, wenn sie nach einer schweren Erkrankung oder einem Unfall ihren Beruf nicht mehr ausüben können.

Für alle, die nach dem 1. Januar 1961 geboren wurden, gilt: Sie können nach einem Unfall oder einer Erkrankung auf jede andere Tätigkeit verwiesen werden. Dabei müssen sie unter Umständen auch ein geringeres Einkommen in Kauf nehmen. Anspruch auf eine volle Erwerbsminderungsrente haben sie nur, wenn sie weniger als drei Stunden am Tag arbeiten können. Doch auch dann muss der Betroffene mit finanziellen Einbußen rechnen. So bliebe bei einem monatlichen Bruttoeinkommen von 2500 Euro bei voller Erwerbsunfähigkeit eine Rente von 790 Euro.

Wer sich davor schützen will, kann eine Berufsunfähigkeitsversicherung abschließen. Doch dabei gilt es, einiges zu beachten. So hängen die Beiträge meist vom Alter ab. Je früher eine Berufsunfähigkeitsversicherung abgeschlossen wird, desto niedriger sind sie. Auch der Beruf kann eine Rolle spielen. Denn das Risiko ist bei manchen größer. Außerdem sollten Arbeitnehmer darauf achten, dass die Laufzeit nicht zu früh endet und die Rentenzahlung nicht zu mickrig ausfällt. Wer im Versicherungsfall keine böse Überraschung erleben will, sollte keinen Leistungsausschluss für bestimmte Krankheiten akzeptieren.

Jede Erkrankung angeben

Die meisten Versicherungen wollen vor einem Abschluss den Gesundheitszustand ihrer Kunden kennen. Eine nicht angegebene Erkrankung kann zum Verlust des Versicherungsschutzes führen. Je länger der Zeitraum ist, der abgefragt wird, desto schwieriger wird es, alle Erkrankungen korrekt anzugeben. Einige Versicherungen fragen nur nach Erkrankungen der letzten fünf oder zehn Jahre. Sie sind daher vorzuziehen.

Eine Berufsunfähigkeitsversicherung bietet auch das gemein-

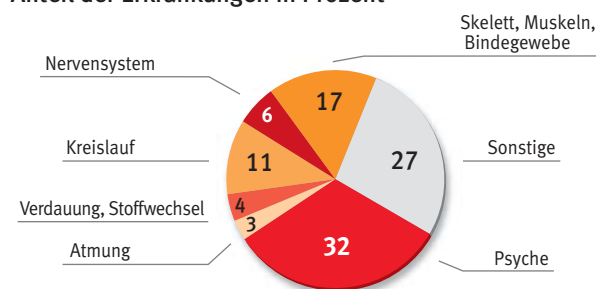
same Versorgungswerk von IG Metall und Gesamtmetall »Metallrente« an. Hier kann sich jeder privat gegen das Risiko, berufsunfähig zu werden, versichern. Auch Azubis können das. Außerdem bietet »Metallrente« auch die Möglichkeit an, sich über eine Betriebsrente gegen Berufsunfähigkeit abzusichern. Über die Angebot der Metallrente können sich Interessierte im Internet informieren:

► www.metallrente.de/
metallrente.bu

► Zur Berufsunfähigkeitsversicherung bietet Metallrente ein Beratungskonzept an, das von Ortsvorständen, Betriebsräten oder Delegiertenversammlungen genutzt werden kann. Interessenten können sich wenden an:
p.diener
@metallrente.de

Oft macht die Psyche schlapp

Ursachen für Erwerbsminderung, Anteil der Erkrankungen in Prozent



Quelle: DRV, »Rentenversicherung in Zahlen 2007«, Frührentenzugang 2006

Eine schwere Erkrankung kann auch finanziell für Arbeitnehmer bedrohlich werden. Denn bei Berufsunfähigkeit springt die gesetzliche Rente meist nicht mehr ein.

KFZ-HANDWERK

EU will Schutz für Händler abschaffen

Die IG Metall hat bei der Europäischen Kommission in Brüssel gegen die geplante Abschaffung der Gruppenfreistellungsverordnung (GVO) protestiert. Sie schützt kleine und mittlere Kfz-Betriebe. Für die IG Metall ist klar, dass die von der EU-Kommission geplante Liberalisierung des Wettbewerbs sowohl Arbeits- als auch Ausbildungsplätze gefährden würde.

EU gegen Wettbewerb

Und zwar vorwiegend in den kleinen und mittleren Betrieben. Damit steht sie im Widerspruch zum EG-Vertrag und der europaweiten mittelstandspolitischen Offensive. Derzeit schützt die GVO die Kfz-Betriebe vor den mächtigen Herstellern – beispielsweise bei ungerechtfertigten Vertragskündigungen. Bisher müssen die Hersteller dafür Begründungen liefern und Fristen beachten. Außerdem sind die Autohäuser berechtigt, ihre Zulassung als Werkshändler ohne Zustimmung der Hersteller an andere Werkstätten zu veräußern.

Doch genau das will die EU-Kommission den Werkstätten und Autohäusern in Zukunft untersagen. »Damit schaltet die EU, die öffentlich stets für Wettbewerb eintritt, den Wettbewerb aus«, klagt Wolfgang Rhode, Mitglied des geschäftsführenden IG Metall-Vorstandes.

Doch genau das will die EU-Kommission den Werkstätten und Autohäusern in Zukunft untersagen. »Damit schaltet die EU, die öffentlich stets für Wettbewerb eintritt, den Wettbewerb aus«, klagt Wolfgang Rhode, Mitglied des geschäftsführenden IG Metall-Vorstandes.

HOLZ

Geld fürs Alter

Die IG Metall hat für die Beschäftigten der Holz verarbeitenden Industrie (HVI) in Hamburg und Schleswig-Holstein einen Tarifvertrag zur Altersvorsorge abgeschlossen. Er wurde gemeinsam mit dem Manteltarifvertrag und dem Weihnachtsgeld verhandelt. Nach dem Vertrag zu Altersvorsorge erhält jeder Arbeitnehmer von seinem Arbeitgeber einen Grundbetrag von etwa 380 Euro. Das Besondere: Der Arbeitgeber muss auf jeden Beschäftigten zugehen und ihm die Altersvorsorge anbieten. Außerdem wächst der Grundbetrag bei jeder Tarifierhöhung mit. Denn er errechnet sich aus dem jeweils geltenden Ecklohn.

► Zurzeit verhandelt die IG Metall für die Holz- und Kunststoffindustrie in Niedersachsen und Westfalen einen neuen Tarifvertrag. Auch hier will sie einen Tarifvertrag zur Altersvorsorge nach dem Muster aus dem Norden abschließen.

In der Volkswirtschaftslehre wird Inflation als »Aufblähen« des Preisniveaus verstanden. Übliche Messgröße für die Inflationsrate ist der Verbraucherpreisindex.

... Inflation?

► Mehr zur aktuellen Inflationsdebatte im DGB-Einblick 13/2008 www.einblick.dgb.de

► Hintergründe im Wipo-Schnelldienst 8/2008: www.dgb.de
→ Suchwort »Inflation«
→ Wipo-Schnelldienst 8/2008: Inflation und Warenkorb

Der Verbraucherpreisindex wird anhand eines repräsentativen Warenkorbs ermittelt.

Inflation entsteht durch:

- erhöhte Nachfrage oder
- erhöhte Produktionskosten.

Derzeit liegt die Inflationsrate bei drei Prozent, im Vergleich zum Vorjahr. Dadurch werden die Lohn-erhöhungen der Arbeitnehmer weitgehend aufgeessen.

Verantwortlich für den Preisauftrieb ist vor allem die Teuerung bei Energie (+15 Prozent) und Nahrung (+7,4 Prozent). Zwar werden Rohstoffe und Energie knapper. Die erhöhte Nachfrage erklärt jedoch die Teuerung nur zur Hälfte. Zusätzlich sind die Preise durch Spekulation aufgeblasen. Finanzanleger haben in Erwartung steigender Preise kräftig an Energie- und Rohstoffmärkten investiert.

Der Anstieg der Inflation hat die Wirtschaftsinstitute überrascht, die vor einem Jahr noch eine deutlich niedrigere Inflation unter zwei Prozent vorhergesagt hatten.

Für das nächste Jahr erwartet die Bundesbank eine niedrigere Inflationsrate von etwa 2,2 Prozent. Die IG Metall rechnet mit einem Plus von 2,5 Prozent.

Löhne als Preistreiber?

Die Arbeitnehmer benötigten höhere Einkommen zum Ausgleich der Preissteigerungen. Zumal mehr Kaufkraft und Konsum auch wichtig für das bislang allein durch den Export getragene Wirtschaftswachstum wären. Denn das Exportwachstum wird sich in absehbarer Zeit abschwächen.

Die Europäische Zentralbank (EZB) jedoch warnt vor Lohnerhöhungen, da diese die Produktionskosten und damit die Inflation noch weiter anheizen würden. Bescheidenheit für Arbeitnehmer sei angesagt, um die »Lohn-Preis-Spirale« zu verhindern.

Zusätzlich versucht die EZB die Inflation durch höhere Zinsen und damit knapperes Geld in den Griff zu bekommen.

Beides ist falsch. Darin sind sich Wirtschaftsinstitute und Gewerkschaften ausnahmsweise einig. Um das rückläufige Wirtschaftswachstum anzukurbeln, sei mehr Konsum nötig. Nicht hohe Löhne, sondern die explodierenden Energie- und Rohstoffpreise sind an der hohen Inflation schuld.

Auch die Zinserhöhungspolitik der EZB ist kontraproduktiv für die Wirtschaft, sagt sogar das eher neoliberal orientierte Münchner Ifo-Institut. Die amerikanische Notenbank FED senkt zurzeit sogar die Zinsen, um die Wirtschaft vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise zu stärken.

Auch die IG Metall warnt vor zu hohen Zinsen. Dadurch verteuern sich Investitionen, während Sparen sich mehr lohnt. Zudem droht der Euro dann wieder weiter zu steigen. Das Ergebnis: Weniger Export und weniger Konsum.

Für die IG Metall ist Energiesparen und Ressourceneffizienz die einzige sinnvolle langfristige Reaktion auf die hohe Inflation. Auf keinen Fall jedoch dürfen die Arbeitnehmer auf den höheren Energiekosten sitzen bleiben. Sie brauchen deutlich mehr Geld.

ERWERBSMINDERUNGSRENTE

IG Metall fordert politische Korrektur

Die IG Metall fordert die Politiker in Berlin auf, die Abschlüsse auf Invalidenrenten wieder abzuschaffen. Nachdem das Bundessozialgericht (BSG) die Abschlüsse für zulässig erklärt hat, will die IG Metall auf politischem Weg versuchen, die Rentenkürzung rückgängig zu machen: im Rahmen ihrer »Initiative neuer Generationenvertrag«.

Am 14. August hatte der 5. BSG-Senat entschieden, es sei rechtens, wenn Menschen, die schon vor dem 60. Geburtstag eine Erwerbsminderungsrente beziehen, 10,8 Prozent Abschlüsse hinnehmen müssen.

Von diesem Richterspruch sind hunderttausende Frühinvaliden betroffen, darunter viele IG Metall-Mitglieder. Über 100 000 von ihnen hatten Widerspruch gegen die

Abschlüsse in ihren Rentenbescheiden eingelegt. Jetzt müssen sie die Kürzung wohl vorerst schlucken.

Vor zwei Jahren noch hatte ein anderer BSG-Senat die Rentenkürzung als rechtswidrig eingestuft. Die aktuelle gegenläufige Entscheidung fiel in vier Musterprozessen. Darunter war auch einer, den der DGB für ein Gewerkschaftsmitglied geführt hatte (Aktenzeichen: B 5 R 140/07 R).

Die IG Metall hält es sozialpolitisch für falsch, Frühinvaliden bei den Abschlüssen so zu behandeln wie Versicherte, die vorzeitig in Altersrente gehen. Denn Erwerbsgeminderte haben keine Wahl zwischen Rente und Weiterarbeit, da sie krankheitsbedingt gezwungen sind, vorzeitig in Ruhestand zu gehen. Dieses Argument ließen die BSG-Richter jedoch nicht gelten.

SEMINAR

Projekte konkret

Im IG Metall-Bezirk Bayern lernen JAVis und junge Vertrauensleute Projektmanagement bei der Umsetzung realer Projekte. Die Ideen entwickeln die Teilnehmer selbst: Projekte zur Verbesserung der gewerkschaftlichen Arbeit vor Ort, im Betrieb, in der Verwaltungsstelle. Im Seminar lernen die Teilnehmer, wie sie das Projekt konkret vor Ort umsetzen. Projektmanagement praxisnah – statt anhand abstrakter Beispiele.

Das Seminar ist vom Bezirk Bayern und dem Ressort Jugend entwickelt worden. Die Kosten zahlt die Bezirksleitung. Der erste Ausbildungsgang mit 21 Projekten lief von April 2007 bis Juni 2008. Die Verwaltungsstellen ziehen ein positives Fazit: Die örtliche Arbeit hat deutlich profitiert. Mehr Infos:

► Samuel.Futuwi@igmetall.de

FAHRTKOSTEN

Weg zur Bildungsstätte voll absetzbar

Fahrtkosten zu einer Weiterbildungsveranstaltung können bei der Steuererklärung in voller Höhe geltend gemacht werden. Sie können nicht mit einer Entfernungspauschale abgegolten werden. Das entschied der Bundesfinanzhof (BFH) im Fall eines technischen Angestellten, der neben seiner Arbeit eine Weiterbildung besuchte. Der Mann fuhr dafür dienstags und freitags nach Feierabend sowie samstags zu einer Bildungsstätte. Das Finanzamt wollte jedoch nicht die vollen Fahrtkosten anrechnen, sondern lediglich eine Entfernungspauschale. Zu Unrecht, entschied der BFH.

BFH vom 10. April 2008 – VI R 66/05

WEITERBILDUNG

Betriebsratsseminar braucht keinen Anlass

Betriebsratsmitglieder können jederzeit an einem viertägigen Betriebsratsseminar zum »Allgemeinen Gleichstellungsgesetz« teilnehmen. Es muss dafür nicht im Betrieb zu Diskriminierungen oder Ungleichbehandlungen gekommen sein.

Hessisches LAG vom 25. Oktober 2007 – 9 TaBV 84/07

WAHLVERSAMMLUNG

Einladung per Aushang reicht nicht aus

Gewerkschaften können in Verleihbetrieben ohne Betriebsrat zu einer Betriebsversammlung zur Wahl eines Wahlvorstandes einladen. Der Arbeitgeber muss die Einladung zur Betriebsversammlung allen wahlberechtigten Arbeitnehmern zukommen lassen und die Kosten dafür übernehmen. Beschäftigten, die regelmäßig bei Fremdfirmen im Einsatz sind, muss der Arbeitgeber die Einladung zusenden. Ein Aushang am schwarzen Brett reicht nicht aus.

Arbeitsgericht Koblenz vom 23. August 2007 – 9 BV 12/07

TARIFWIDRIGKEIT

Gewerkschaft kann Unterlassung verlangen

Eine Gewerkschaft kann von einem Arbeitgeber verlangen, betriebliche Regelungen nicht anzuwenden, die gegen einen Tarifvertrag verstoßen. Der Anspruch auf Unterlassung besteht auch dann, wenn eine mit dem Betriebsrat abgeschlossene Vereinbarung solche tarifwidrigen Regelungen enthält, und diese für Arbeitnehmer nicht unmittelbar gelten, sondern in einem zweiten Schritt mit den Beschäftigten arbeitsvertraglich vereinbart werden sollen.

Gilt die Regelung unabhängig von der Tarifbindung für die gesamte Belegschaft, besteht der Unterlassungsanspruch der Gewerkschaft sowohl für die tarifgebundenen als auch für die Arbeitnehmer, die nur durch arbeitsvertragliche Bezugnahme dem Tarifvertrag unterliegen (Tarifaußen-seiter). Der Unterlassungsanspruch muss grundsätzlich im arbeitsgerichtlichen Beschlussverfahren geltend gemacht werden.

LAG Baden-Württemberg vom 7. Dezember 2007 – 20 TaBV 7/06

MITBESTIMMUNG

Ethik-Richtlinien sind zustimmungspflichtig

Wenn Arbeitgeber das Verhalten ihrer Beschäftigten durch sogenannte Ethik-Richtlinien regeln wollen, haben Betriebsräte ein Wörtchen mitzureden. Auch ausländische Vorschriften, die die Einführung von Ethik-Richtlinien in börsennotierten Unternehmen vorsehen, schließen die Mitbestimmungsrechte nach dem Betriebsverfassungsgesetz nicht aus.

Besteht lediglich ein Mitbestimmungsrecht bei einzelnen Regelungen, leitet sich daraus nicht notwendig ein Mitbestimmungsrecht am Gesamtwerk ab. Auch bei Regelungen, die lediglich die geschuldete Arbeitsleistung konkretisieren sollen, besteht kein Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats.

BAG vom 22. Juli 2008 – 1 ABR 40/07

KÜNDIGUNG

Anhörung auch bei Interessenausgleich

Der Betriebsrat muss vor jeder Kündigung angehört werden. Das gilt auch, wenn ein Interessenausgleich mit Namensliste nach § 102 BetrVG vorliegt. Es ist zulässig und auch sinnvoll, Interessenausgleich und Anhörung zusammenzufassen. So kann der Betriebsrat mit dem Abschluss des Interessenausgleichs auch zu den geplanten Kündigungen Stellung nehmen. Sollen Interessenausgleich und Anhörung zusammengefasst werden, muss dies bei Einleitung des Verfahrens klargestellt werden.

LAG Rheinland-Pfalz vom 18. Oktober 2007 – 2 Sa 458/07

BETRIEBSÜBERGANG

Erwerber übernimmt auch Freigestellte

Alle zum Zeitpunkt eines Betriebsübergangs bestehenden Arbeitsverhältnisse gehen nach § 613 a BGB auf den Betriebserwerber über. Dazu gehören sowohl Arbeitsverhältnisse, in denen aktuell Arbeit geleistet wird, als auch solche, für die eine unwiderrufliche Freistellung besteht. Zudem müssen alle Beschäftigten dem jeweils übergegangenen Betriebsteil zugeordnet werden. Für Beschäftigte, die Altersteilzeit im Blockmodell vereinbart haben, gilt sowohl für die Arbeits- als auch für die Freistellungsphase: Der Betriebserwerber ist der neue Arbeitgeber.

BAG vom 31. Januar 2008 – 8 AZR 27/07

PROBEZEIT

Bis zu sechs Monate sind zulässig

Während der Probezeit gilt eine Kündigungsfrist von zwei Wochen. Dabei darf die Probezeit sechs Monate nicht überschreiten. Haben Arbeitnehmer und Arbeitgeber eine sechsmonatige Probezeit vereinbart, gilt die kürzere Kündigungsfrist unabhängig davon, ob die Probezeit angemessen war.

BAG vom 24. Januar 2008 – 6 AZR 519/07

► **Betriebsübergang:** Werden Betriebe oder Unternehmensteile verkauft, ist das für die Beschäftigten oft mit weitreichenden Folgen verbunden. Welche Rechte der Betriebsrat in solchen Fällen hat, stellt der Kommentar von Michael Bachner und Peter Gebhardt dar.

► **Michael Bachner und Peter Gebhardt:** »Betriebsübergang. Basiskommentar zu § 613a BGB und die Folgen für die Mitbestimmung.« Bund-Verlag, 2008.

TERMINE

19. bis 20. September

Um den Einfluss von Lobbyisten auf Politik und Medien geht es bei der Fachkonferenz des Netzwerks Recherche in Berlin. »In der Lobby brennt noch Licht. Lobbyismus als Schattenmanagement in Politik und Medien«, heißt die Veranstaltung, die vom 19. bis 20. September stattfindet. Informationen und Anmeldungen bei: Tobias Quednau, t.quednau@gmx.de, Mobil: 0176-29 25 7981 Fax: 0611-49 51 52

25. bis 26. September

Die Hans-Böckler-Stiftung lädt vom 25. bis 26. September zur Tagung »Gute Arbeit aus der Gleichstellungs- und Geschlechterperspektive« nach Berlin ein. Infos und Anmeldungen bei: Christiane Borsch, Telefon: 0211-77 78 123 Fax: 0211-77 78 4123 E-Mail: Christiane.Borsch@boeckler.de

MATERIAL

► **Pflege:** Die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ist für viele Beschäftigte ein Problem. Welche Möglichkeiten Betriebsräte hierbei haben, hat der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) zusammengefasst. Die »Handreichung Vereinbarkeit von Familie und Beruf« kann im Internet heruntergeladen werden.

► www.extranet.igmetall.de

→ Themen → Pflegeversicherung

► **Arbeitsmarkt:** Mit den Arbeitsmarktreformen befasst sich der Projektbericht »Arbeitsmarktpolitik: Nachsteuern oder neu orientieren? Anstöße zu einer überfälligen Debatte« von Hans-Böckler- und Otto-Brenner-Stiftung.

► www.extranet.igmetall.de

→ Themen → Arbeit und Betrieb

→ Arbeitsmarkt

SEMINAR

Das Seminar »Kommunikation im EBR verbessern: Besonderheiten bei der Planung, Vorbereitung und Leitung von mehrsprachigen Sitzungen« informiert Europäische Betriebsräte unter anderem über rechtliche Grundlagen der Sitzungsvorbereitung. Das Seminar (HS 84215) findet vom 15. bis 17. Oktober statt. Anmelden über die zuständige Verwaltungsstelle. Infos unter: ► ebr@igmetall.de

ZITATE

»Wir sind gut und können gute Löhne zahlen.«

Martin Kannegiesser, Präsident von Gesamtmetall.

»Einige Affären der vergangenen Jahrzehnte lassen zumindest den Schluss zu, dass Gewerkschaftsleute möglicherweise immer noch eine höhere moralische Fallhöhe als andere Gruppen besitzen.«

Hans Leyendecker, Süddeutsche Zeitung, zur Flugaffäre des Verdi-Vorsitzenden Frank Bsirske.

STELLENANGEBOTE

Die Verwaltungsstelle **Ulm** sucht für eine unbefristete Vollzeitstelle zum 1. Januar 2009 eine/n

politische/n Sekretär/in

Aufgaben: Der/die Kollege/in berät unter anderem Mitglieder in Arbeits- und Sozialrechtsfragen und arbeitet mit Betriebsräten sowie gewerkschaftlichen Vertrauensleuten zusammen.

Anforderungen: Bewerber/innen sollten über eine abgeschlossene Berufsausbildung, Erfahrung in der betrieblichen Interessenvertretung und über Fachwissen, das sie an der Akademie der Arbeit, als Trainee oder in ähnlichen Bereichen erworben haben, verfügen.

Weitere Fragen beantwortet die Verwaltungsstelle Ulm. (Telefon: 0731-966 06 25)

Bewerbungen bis zum 20. September an: IG Metall Ulm, Reinhold Riebl, Erster Bevollmächtigter, Weinhof 23, 89073 Ulm. reinhold.riebl@igmetall.de

Die Verwaltungsstelle **Trier** sucht für eine unbefristete Vollzeitstelle zum 1. November 2008 eine/n

politische/n Sekretär/in

Aufgaben: Der/die Kollegin betreut unter anderem die Jugend- und Auszubildendenvertretung sowie den Vertrauensleuteausschuss und berät zu Arbeits-, Sozial- und Tarifrecht.

Anforderungen: Bewerber/innen sollten unter anderem über eine abgeschlossene Berufsausbildung und Erfahrung in der betrieblichen Interessenvertretung verfügen.

Weitere Fragen beantwortet die Verwaltungsstelle Trier. (Telefon: 0651-99 198 13)

Bewerbungen bis zum 30. September an: IG Metall Trier, Roland Wölfl, Erster Bevollmächtigter, Herzogenbuscher Str. 52, 54292 Trier



Karikatur: Thomas Plassmann